Zeitschrift: Thema-Bulletin = Bulletin thématique / Forum Helveticum
Herausgeber: Forum Helveticum
Band: 1 (2001)

Artikel: Für eine starke Schweiz in Europa
Autor: Rutz, Gregor A.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-833107

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 25.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

FÜR EINE STARKE SCHWEIZ IN EUROPA

Gregor A. Rutz, Schweizerische Volkspartei

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile lehnt die SVP den Beitritt zu einer bürokratischen und zentralistischen EU ab. Die Partei fordert überdies den Rückzug des 1992 eingereichten Beitrittsgesuchs. Hingegen sieht die SVP in guten bilateralen Abkommen eine echte Alternative zur Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Schweiz und anderen europäischen Ländern. Im Hinblick auf künftige Verhandlungen mit der EU fordert die SVP eine Abkehr vom strategischen Ziel des EU-Beitritts: Die Schweiz ist unglaubwürdig, wenn sie bei Verhandlungen signalisiert, dass sie bereit ist, noch viel weiter zu gehen als angeboten.

Die SVP will eine selbstbewusste, starke und weltoffene Schweiz. Zur Aussenpolitik gehört auch eine aktive Informationspolitik, welche die Leistungen und Stärken der Schweiz im In- und Ausland bekannt macht. Die Schweizer Wirtschaftspolitik muss die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz verbessern, damit die Schweizer Exportwirtschaft nicht nur in Europa, sondern weltweit konkurrenzfähig und präsent sein kann. Das Bankkundengeheimnis, die liberale Steuer- und Vertragsgesetzgebung sowie das freiheitliche, demokratische und föderalistische Verfassungssystem sind unter allen Umständen zu bewahren. Ebenso setzt sich die Schweizerische Volkspartei für die strikte Wahrung der Neutralität ein.

Mit der Neutralität unvereinbar

Der Beitritt zur EU würde die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit unseres Landes massiv einschränken. Die EU stellt zwar bereits heute einen wichtigen Partner der Schweiz dar, ein Beitritt würde aber eine deutlich striktere Ausrichtung auf Europa zur Folge haben. Dies läuft der heutigen Weltoffenheit der Schweiz zuwider.

Die Neutralität ist seit dem 16. Jahrhundert eine tragende Säule unseres Staats- und Identitätsverständnisses. Die Schweiz hat ihre Neutralität nie opportunistisch oder als bloss momentan zeitbedingt verstanden. Ihre Politik der immerwährenden bewaffneten Neutralität erwies sich als wichtigster Pfeiler für den Fortbestand der unabhängigen Schweiz. Sie vermochte das Land und seine Bevölkerung davor zu bewahren, ungewollt in internationalen Konflikte

hineingezogen zu werden. Nicht übersehen werden darf neben der aussenpolitischen Bedeutung auch die gewichtige innenpolitische Dimension der Neutralität. Eine überragende Mehrheit der Schweiz sieht in der Neutralität die Garantie der Bewahrung der demokratischen Besonderheiten der Schweiz, die jedem Bürger ein weltweit einzigartiges Höchstmass an Freiheit und Mitbestimmungsrecht in der direkten Demokratie auf föderalistischem Fundament sichern.

Die strikte Neutralität ist die aussen- und innenpolitische Versicherung, dass die Schweiz bei Konfliktfragen unbeeinflusst das Recht vertritt. Nur eine konsequente Beachtung der Neutralität macht die Aussenpolitik der Schweiz für jeden anderen Staat der Welt berechenbar – ein unschätzbarer Sicherheitsfaktor für einen Kleinstaat wie die Schweiz. Sie verhilft unserem Land zu Ansehen und Wohlstand und sichert seine Position als glaubwürdige Friedensinsel.

Demokratiedefizit und Zentralismus

Ebenso, wie die EU wenig Verständnis für neutrale Kleinstaaten hat, steht die Organisation dem Subsidiaritätsprinzip mit grosser Distanz gegenüber. Föderalistische Strukturen liegen nicht im Trend; Zentralismus ist angesagt. Im Gegensatz zum bayrischen Ministerpräsidenten Edmund Stoiber, der für das Subsidiaritätsprinzip eintritt, fordert Frankreichs Staatsoberhaupt Jacques Chirac (und mit ihm die Mehrheit der EU-Exponenten), die EU müsse sich vermehrt Problemen annehmen, welche den Bürger unmittelbar und direkt betreffen. Ein Kommentar dazu erübrigt sich. Die Liste der durch die EU-Organe wahrgenommenen Kompetenzen nimmt immer weiter zu – zu Lasten der Kompetenzen der Mitgliedstaaten.

Die derzeitigen Vorgänge in unseren Nachbarstaaten zeigen, was einem souveränen, demokratischen Staat blühen kann, wenn er sich dem Brüsseler Diktat nicht fügt. Nach der dekadenten, willkürlichen Ausgrenzung und Erniedrigung Österreichs, das bis auf die Unterwäsche entkleidet an den europäischen Pranger gestellt wurde, entlarvte ein weiterer Skandal um die Äusserungen von Kommissar Verheugen die tatsächliche Konsistenz der europäischen Grundwerte. Nachdem man im Falle Österreichs den Ausgang einer demokratischen Wahl und damit den Wählerwillen nicht akzeptieren wollte, ging es später gar darum, einen demokratischen Entscheid von Anfang an zu verhindern: Günter Verheugens Gedanke, eine Volksbefragung über die Osterweiterung der EU durchzuführen und so die Eliten zu „zwingen, auf die

Sorgen der Bevölkerung einzugehen", war gleichsam ein Lichtblick. Doch statt lobender Worte wurde mit dumpfem Groll auf Verheugen eingedroschen.

Ausgrenzung und Meinungsterror

Offenbar wird, wer nur schon den Vorschlag macht, Entscheidungen von weitreichender volkswirtschaftlicher Bedeutung einer Volksabstimmung zu unterstellen, umgehend des Verrates an der europäischen Idee verdächtigt. Der europäische Meinungskonformismus scheint sich demokratischen Entscheidungsmechanismen mehr und mehr zu entfremden.

Die Reaktion verschiedenster EU-Exponenten auf die deutliche Ablehnung des Nizza-Vertrags durch die irischen Stimmbürger zeigte es wiederum klar: Demokratische Entscheide werden zur Last, weil sie das Räderwerk der Verwaltung und der Parteibonzen behindern können. Die hart erkämpften demokratischen Rechte der Bürger Europas sind flugs von aristokratisch gesinnten Luxusbeamten behändigt worden; die Werte der Französischen Revolution erleiden tiefe Rezession.

Der ehemalige polnische Botschafter in Bonn, Janusz Reiter, meinte zum damaligen Vorschlag Verheugens, dieser sei nicht nur politisch falsch, sondern habe auch „moralisch keine Basis". Fischer seufzte, in der Politik sei „Weisheit ein rares Gut", und CDU-Politiker Brok bedauerte, Verheugen habe einen „kontraproduktiven Diskurs" angestossen. Eine Wiener Zeitung verstieg sich gar zum Titel „Kommissar Brandstifter". Wir stehen in der heutigen EU vor der grotesken (und gefährlichen) Situation, dass es „politically correct" ist, das Volk *nicht* nach seiner Meinung zu befragen. Gefährliche politisch korrekte Denkschablonen und der geradezu paranoid anmutende Sprachfetischismus haben das ihre dazu beigetragen.

Mehr Staat, weniger Freiheit

Mit dieser Auslegung der politischen Korrektheit verwirklicht sich, was von zahlreichen bürgerlichen Politikern befürchtet und zuletzt von Christoph Blocher ausgesprochen wurde: Meinungskonformismus und Sprachregelungen dienen letztlich dazu, die Demokratie aus den Angeln zu heben und ein sozialistisch (und damit zentralistisch und undemokratisch) geprägtes Wertesystem durchzusetzen.

Die „political correctness", das Lieblingsspielzeug der politischen Mitte und

der Linken, wendet sich damit offen gegen diejenigen, die sie eigentlich zu beschützen vorgibt. Oder wie Blocher sagt: „Die Sozialisten und Sozialdemokraten dieses Landes sprechen häufig vom ‚Primat der Politik' und versuchen unentwegt, dieses auch durchzusetzen. (...) Die Kontrolle über die einzelnen Bürger – so meinen sie – müsse letztlich beim Staat und seinen Politikern liegen." Damit wird Privateigentum zweitrangig (Stichwort: „Steuergeschenk"); das Wohl des Staates wird dem Wohle des Bürgers vorgeordnet.

Und ganz genau dies meint Prodi (ohne es explizit auszusprechen), wenn er sagt, es sei alles zu vermeiden, was die Aufnahme der Kandidatenländer verzögern könnte: Wenn ein Volksentscheid dem Wohl des Staates (bzw. der EU) im Wege steht, so ist er zu umgehen. Zutreffend schreibt die Süddeutsche Zeitung, Volksentscheide über Grundfragen würden „Politiker und Wirtschaftsführer dazu zwingen, energisch und dauerhaft für Europa zu werben, anstatt den Kontinent nach Art eines Geheimbundes zu führen".

Europäische Placebo-Demokratien

Was ist denn das für ein Europa, in welchem man nicht einmal über Demokratie diskutieren darf? Vergessen wir nicht: In Deutschland gab es weder zur Wiedervereinigung noch zur Einführung des Euro eine Volksabstimmung. Frankreich strotzt vor Zentralismus. Das italienische System wiederum wird selbst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung als „Placebo-Demokratie" charakterisiert.

Halten wir dagegen: In der Schweiz unterstehen zahlreiche völkerrechtliche Verträge dem fakultativen Referendum. Jeder Beitritt zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften muss zwingend dem Volke vorgelegt werden. Selbst wenn eine Gemeinde zu einem anderen Kanton übertritt, ist eine nationale Volksabstimmung durchzuführen. Dies ist für uns Schweizer korrekt: Der Bürger soll mitreden, entschieden wird auf der unterstmöglichen Stufe. Und jeder hat das Recht, sich offen und frei zu aktuellen Problemen zu äussern.

Unser Mitspracherecht in den Gremien der Europäischen Union in Brüssel würde mit dem Abtreten eines beträchtlichen Teiles dieser wertvollen Volksrechte bezahlt. Diese Einschränkungen der Demokratie aber widersprechen diametral unseren direktdemokratischen und föderalistischen Grundsätzen.

Für eine selbstbewusste Schweiz

Die Schweiz muss die Neutralität und ihre verschiedenen Standortvorteile besser nutzen und aktiver gestalten. Dies kann sie besser ausserhalb der Europäischen Union. Die SVP fordert alle politischen Kräfte in der Schweiz auf, demokratische Werte zu pflegen und weiterzuentwickeln: Der Bürger soll im Mittelpunkt stehen, nicht der Staat! In diesem Sinne: Haben Sie den Mut, politisch unkorrekt zu sein! So sind wir das beste Vorbild für Europa.